

Traktanden

1	Protokoll der Sitzung vom 20. März 2018	192
2	Wahl des Rechnungsprüfungsorgans für 2018	192
3	Planungs- und Verkehrskommission; Ersatzwahl	192
4	Jahresrechnung 2017 der Gemeinde Muri bei Bern	192
5	Sanierung und Erweiterung Doppelkindergarten Horbern; Belpstrasse 15, Muri; Abrechnung Verpflichtungskredit	197
6	Verpflichtungskredit für die Übernahme der Netzinfrastruktur der öffentlichen Beleuchtung: Abrechnung	197
7	Verpflichtungskredit für die Übernahme der Infrastruktur der öffentlichen Beleuchtung: Abrechnung	198
8	Arealentwicklung "Lischenmoos und Bahnhofplatz / Süd" Kenntnisnahme der Ergebnisse der freiwilligen öffentlichen Mitwirkung sowie des bereinigten und beschlossenen Masterplans	198
9	Postulat SP/Grüne: "Fair Trade Town" Muri-Gümligen; Zwischenbericht	207
10	Postulat forum-Fraktion betr. lokale und nachhaltige Beschaffung	209
11	Motion Fraktion FDP Muri-Gümligen: Einführung einer Littering-Melde APP "MURI wi nöi"	211
12	Interpellation Racine (SP): Kosten für den provisorischen Unterhalt des aktuellen Aarewegs (Wegverbindung Wehrliau-Parkplatz-Muribad)	212
13	Interpellation Racine (SP): Kahlschlag bei der Sozialhilfe?	213
14	Einfache Anfrage forum betr. 1. August-Feuerwerk	215
15	Informationen des Gemeinderats / der parl. Kommissionen	216
16	Neue parlamentarische Vorstösse	217

Die Vorsitzende eröffnet die 392. Sitzung und stellt die Anwesenheit von 38 Ratsmitgliedern fest. Sie begrüsse die Mitglieder des Gemeinderats und des Grossen Gemeinderats, den Vertreter der Presse sowie die Gäste. Ebenfalls begrüsse sie Reto Rutschi, Finanzverwalter, welcher beim Traktandum 4 zur Verfügung stehen werde.

Die Vorsitzende erklärt, zu Beginn dieser Sitzung habe sie eine traurige Mitteilung zu machen. Am 12. Mai 2018 habe das GGR-Mitglied Ruedi Waber den langen Kampf gegen seine Krankheit verloren und sei verstorben. Der Trauergottesdienst werde am Freitag, 25. Mai 2018, in der Kirche Muri stattfinden. Entsprechend dem Wunsch von Ruedi Waber gebe es seitens des GGR keine Blumen, sondern eine Spende an die Bernische Krebsliga. Ruedi Waber habe sich sehr stark für unsere Gemeinde eingesetzt. Er sei seit dem 19. Oktober 2010 Mitglied der Sportkommission gewesen, seit dem 17. Juni 2014 zudem Mitglied der Finanzkommission. Dem GGR

habe er seit dem 1. Februar 2016 angehört und 2017 habe er das 2. Vizepräsidium inne gehabt. Es sei ihm gesundheitlich leider nicht mehr vergönnt gewesen, das 1. Vizepräsidium in diesem Jahr zu übernehmen. Ruedi Waber habe sich aber auch ausserhalb der Politik sehr stark in unserer Gemeinde engagiert; zu erwähnen sei insbesondere sein Einsatz für den FC Muri-Gümligen. Ruedi Waber sei über die Parteigrenzen hinaus von uns allen sehr geschätzt worden, sei es in seiner Kommissionsarbeit oder im Parlament. Dies nicht nur durch sein faires und engagiertes Politisieren, sondern vor allem als Mensch. Unsere Gedanken seien bei seinen Angehörigen. Sie bitte alle Anwesenden, sich zu erheben und zusammen in Stille Ruedi Waber zu gedenken.

Traktandenliste

Gegen die Traktandenliste werden keine Einwände erhoben.

1 Protokoll der Sitzung vom 20. März 2018

Beschluss

Das Protokoll wird genehmigt.

2 Wahl Rechnungsprüfungsorgan

Thomas Hanke verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Beschluss (einstimmig)

Als Rechnungsprüfungsorgan für die Jahresrechnung 2018 wird die Firma BDO AG, Burgdorf, gewählt.

3 Planungs- und Verkehrskommission; Ersatzwahl

Die Vorsitzende führt aus, als Ersatz für die per 16. April 2018 zurückgetretene Annette Scherrer schlage die FDP. Die Liberalen Muri-Gümligen Beat Stalder, Prof. Dr. / Rechtsanwalt, Hühnlwaldweg 1, Gümligen, zur Wahl vor.

Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Beat Stalder wird einstimmig für den Rest der laufenden Amtsdauer als Mitglied der Planungs- und Verkehrskommission gewählt.

4 Jahresrechnung 2017 der Gemeinde Muri bei Bern

Die Vorsitzende orientiert, zur Auskunftserteilung stehe Reto Rutschi, Finanzverwalter, zur Verfügung. Sie verdanke an dieser Stelle noch den Informationsanlass zur Jahresrechnung 2017 vom 8. Mai 2018. Der Anlass sei von 8 Mitgliedern des Parlaments besucht worden. Die Powerpoint-Präsentation sei ausserdem per Mail versandt worden.

Daniel Arn führt aus, die GPK sei zu diesem Geschäft durch Gemeindepräsident Thomas Hanke sowie durch Finanzverwalter Reto Rutschi orientiert worden. Einleitend zur Beratung der Jahresrechnung 2017 habe Thomas Hanke der GPK erklärt,

dass die Prognosen der Steuereinnahmen nicht immer sehr einfach seien und daher Abweichungen eine gewisse Norm darstellen würden. Die GPK habe sich dann durch die gesamten 104 Seiten der Jahresrechnung gearbeitet und Finanzverwalter Reto Rutschi habe jede Frage der GPK beantworten können, was ihm seitens der GPK eine grosse Wertschätzung eingebracht habe. Am Schluss sei die Kommission nochmals bei der Bilanz gelandet und es sei die Frage aufgekommen, weshalb die langfristigen Verbindlichkeiten um CHF 5 Mio. zugenommen hätten. Thomas Hanke habe erklärt, dass die CHF 5 Mio. als Darlehen von den gbm gekommen seien. Die gbm seien überliquid gewesen und hätten Negativzinsen entrichten müssen, weshalb dieses Darlehen mit einem Zinssatz von 0% eine Win-Win-Situation für beide Parteien darstelle. Dieses Vorgehen sei auch für die GPK absolut nachvollziehbar gewesen, denn "die Aufnahme von Anleihen oder Darlehen zur Finanzierung wahrgenommener Aufgaben" falle gemäss Gemeindeordnung in die Kompetenz des Gemeinderats. Es sei aber anzumerken, dass der Vertrag nur auf 1 Jahr laute, mit Aussicht auf Verlängerung; es handle sich also fast um eine kurzfristige Verbindlichkeit. Abschliessend möchte die GPK noch einmal festhalten, dass sie eine absolut übersichtliche und transparente Jahresrechnung 2017 erhalten habe und dass die Finanzverwaltung mit ihrem Chef Reto Rutschi die Zahlen im Griff habe. Die GPK schlage dem Parlament einstimmig vor, die Jahresrechnung mit einem Aufwandüberschuss von CHF 143'714.50 im Gesamthaushalt zu genehmigen.

Thomas Hanke erklärt als gemeinderätlicher Sprecher, vorab gehe auch von seiner Seite her ein grosser Dank an Reto Rutschi und sein Team für die Vorbereitung des Geschäfts und auch für die Durchführung der Infoveranstaltung. Er komme zu einigen Eckzahlen der Rechnung: Die Gemeinde habe einen Umsatz von CHF 68 Mio., mit einem Ertragsüberschuss von rund CHF 3.25 Mio. Die Ratsmitglieder hätten die Unterlagen sicher genau studiert und festgestellt, dass eine 0-Rechnung vorliege, solange in Zukunft ein Überschuss produziert werde. Gegenüber dem Budget liege eine Besserstellung von CHF 4.1 Mio. vor. Die Hauptgründe dafür seien in den Unterlagen ausführlich erläutert: Verkauf Liegenschaft Brügglweg, Steuermehreinnahmen, weniger Personalaufwand und weniger Abschreibungen. Keine Angst, er gehe darauf nicht mehr näher ein. Positiv zu vermerken sei, dass der Personal- und Sachaufwand – vor allem bei Letzterem könne das Ergebnis aktiv gesteuert werden – unter den budgetierten Werten hätten abgeschlossen werden können. Auch der erreichte Realisierungsgrad von 81.6% dürfe als positiv bezeichnet werden.

Rund CHF 28 Mio. würden wir in die kantonalen Finanz- und Lastenausgleichssysteme abliefern, was doch stolze 30% unserer Steuereinnahmen entspreche. Auch wenn die Grundsätze der kantonalen FILAG-Strukturen unbestritten bleiben würden, spreche man sich dafür aus, dass im Sinne eines Bonus-Malus-Systems auch die "Geber-Gemeinden" eine bessere Anerkennung erhalten dürften; Zürich mache dies im Moment auf nationaler Ebene vor. Unschön beim vorliegenden Rechnungsergebnis sei der Selbstfinanzierungsgrad von 82.2%, habe er doch Einfluss auf die Verschuldung der Gemeinde. 4/5 der im letzten Jahr getätigten Investitionen hätten wir selber finanzieren können. Der Gemeinderat werde weiterhin ein spezielles Augenmerk auf die Verschuldung richten. Er erinnere daran, dass in den Legislaturzielen 2017-2020 eine Schuldenobergrenze von maximal CHF 50 Mio. definiert sei. Er dürfe fazitmässig feststellen, dass die Finanzen in Muri zurzeit auf einer guten und soliden Basis stehen würden. Der Gemeinderat werde aber weiterhin eine sorgsame Finanzpolitik betreiben. Dabei würden – vor allem auch mit Blick auf die anstehenden Steuerreformen auf kantonaler und eidgenössischer Ebene – die Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit weiterhin gebührend beachtet. Er bedanke sich für die Genehmigung der Jahresrechnung.

Die Vorsitzende erklärt, da die Jahresrechnung zwingend durch das Parlament beraten werden müsse, werde die Eintretensfrage nicht gestellt. Sie schlage folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Für die Detailberatung werde sie die Jahresrechnung in einzelne Abschnitte aufteilen.

Gegen das Vorgehen werden keine Einwände erhoben.

Fraktionserklärungen

Patrick Rösli führt aus, auch die forum-Fraktion danke dem Finanzverwalter und seinem Team für die geleistete, umfassende Arbeit zur Erstellung der Jahresrechnung 2017. Der Gemeinderat habe mit der vorliegenden Jahresrechnung gezeigt, dass er die Gemeindefinanzen innerhalb des vorgegebenen finanzpolitischen Rahmens absolut im Griff habe. Fast alle beeinflussbaren Nettoaufwände seien unter dem Budget geblieben. Zudem seien die Parlamentsmitglieder ausführlich über die massgeblichen Abweichungen zum Budget 2017 informiert worden. Die forum-Fraktion werde deshalb die Jahresrechnung 2017 gemäss dem Antrag des Gemeinderats vom 16. April 2018 mit einem Aufwandüberschuss von rund CHF 144'000.00 auf Basis Gesamthaushalt genehmigen. Eine Bemerkung erlaube er sich zum Selbstfinanzierungsgrad. Ziff. 2.2 auf Seite 10 der Rechnung weise das Finanzierungsergebnis mit einem Minus von CHF 1.2 Mio. aus. Ein Selbstfinanzierungsgrad von 82.2% mache uns heute keine Sorgen, da die Rahmenbedingungen, um fehlende Mittel für die Finanzierung von Investitionen zu beschaffen, zurzeit gut seien. Er sehe es aber gleich wie der Gemeindepräsident: Exekutive und Parlament könnten nicht immer von den aktuell guten Rahmenbedingungen zur Finanzierung von Investitionen ausgehen. Wichtig sei deshalb, in Zukunft die Investitionen und deren Finanzierung weiterhin vorausschauend zu planen und allenfalls zu versuchen, die Planung zu vertiefen. Dabei könnten die im Voraus beschlossenen Investitionen pro Jahr mit einem anzustrebenden Selbstfinanzierungsgrad gekennzeichnet werden; wie eine Art Etikette. Dies könnte ein Selbstfinanzierungsgrad oder ein "Range" davon sein. Ob die Idee finanztechnisch überhaupt umsetzbar sei – zum Beispiel während des Budgetprozesses –, wäre durch die Spezialistinnen und Spezialisten der Finanzverwaltung und der Finanzkommission zu diskutieren.

Beat Schmitter erklärt, die FDP-Fraktion habe die Rechnung unter die Lupe genommen und verschiedene Schlussfolgerungen gezogen. Es sei so, dass die Rechnung einer Gemeinde in der Regel unspektakulär sei. Man nehme Kenntnis von etwas, was bereits vorbei sei und etwas ändern könne man eigentlich nicht. Trotzdem sei es für die Politiker wichtig, Entwicklungen zu verfolgen, Folgerungen zu ziehen und gegebenenfalls bei der Beratung des Budgets des neuen Jahres Konsequenzen zu ziehen. Die vorliegende Rechnung sehe gut aus; nicht nur die äussere, höchst professionell aufgebaute Dokumentation, sondern auch die Zahlen. Das stolze Resultat dürfe sich sehen lassen; wir dürften zufrieden sein. Aber: Bekanntlich würden Überschüsse gerne Begehrlichkeiten wecken und dies sei hier nicht angebracht. Wie der Gemeinderat schreibe, seien einige der Steuertransaktionen nicht nachhaltig, könnten nächstes Jahr in die andere Richtung drehen und man dürfe nicht übermütig werden, weil wir besser gearbeitet hätten, als das Budget vorgesehen habe. Erfreulich sei hingegen, dass die Gemeinde ihre Ausgaben gut im Griff habe und den Forderungen nach Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit gut nachgelebt worden sei. Man müsse in den nächsten Jahren den ordentlichen Steuerertrag – wohl das stabilste Element bei den Gemeindefinanzen – und kommende Veränderungen im steuertechnischen Umfeld – weniger stabil, er denke an die Steuerstrategie des Kantons und das noch nicht entschiedene Steuerpaket des Bundes – im Auge behalten; dort könnte Verschiedenes auf uns zukommen. Die FDP-Fraktion werde dem gemeinderätlichen Antrag zustimmen.

Joe Brunner führt aus, die SP-Fraktion danke dem Gemeinderat, der Verwaltung – insbesondere Finanzverwalter Reto Rutschi – und der Revisionsstelle für die übersichtlich dargestellte Jahresrechnung mit den hilfreichen tabellarischen Zusammenfassungen und den erklärenden Kommentaren. Die SP genehmige die Jahresrechnung 2017. Er habe einen Kommentar zu den Benützungsgebühren der Schulanlagen: Der GGR habe die Gebühren für die Benutzung der Schul- und Sportanlagen am 17. November 2015 mit Inkrafttreten auf den 1. Januar 2016 beschlossen. Der GGR habe mit seinem Beschluss erreicht, dass die Einnahmen in den letzten beiden Jahren dreimal höher ausgefallen seien als zuvor. Die Benutzer der Anlagen – v.a. unsere Dorfvereine – hätten in den beiden letzten Jahren mehr als CHF 100'000 pro Jahr zum guten Rechnungsergebnis beigesteuert. Dies verdiene einen grossen Dank an unsere Dorfvereine, auch wenn dieser Betrag bei Einnahmen von rund CHF 50 Mio. nur 2 Promille ausmache. Ein guter Rechnungsabschluss beflügeln die Fantasie. Dies führe hoffentlich dazu, dass die Vereine unseren Dank in den kommenden Jahren auch materiell entgegennehmen könnten, indem die Gemeinde auf die 2 Promille verzichte.

Zu den detaillierten Angaben:

Seite 64, Konto Benützungsgebühren Schulanlagen: Dort sehe man die Einnahmen 2016 von CHF 131'163, 2017 von CHF 139'092 und zum Vergleich 2015 – also vor dem GGR-Beschluss – CHF 44'266. Das Sportzentrum Füllerich werde auf Seite 70 speziell ausgewiesen. Dort sei die Situation dieselbe. Im Vergleich zu 2015 seien die Einnahmen 2016 und 2017 ebenfalls gut dreimal höher gewesen.

Es gebe in der Jahresrechnung auch Ausgabenperlen; er erwähne nur eine, für die sich die Ausgaben der Gemeinde besonders lohnen würden: Seite 34, unterste Zeile: "Zyt ha für Anderi". Mit den CHF 20'000 werde ein grosser Mehrwert geschaffen. Der Verein organisiere und koordiniere die Freiwilligenarbeit in der Gemeinde. Weit über 100 Freiwillige würden gratis in Teilzeiteinsätzen in unseren Alters-, Pflege- und Behindertenheimen arbeiten, seien privat zu Hause bei älteren Menschen tätig, würden Einsätze mit Kindern leisten oder mit Migrant*innen arbeiten, z.B. Sprachunterricht erteilen.

Urs Grütter erklärt vorab, die SVP-Fraktion stimme dem Antrag der Exekutive auf Genehmigung der Jahresrechnung ebenfalls zu. Es sei Tradition, dass man dem Rechnungsführungsorgan im Rat für die Rechnungsablage danke, die SVP schliesse sich diesem Dank an. Er habe Reto Rutschi gesagt, er könne die Lorbeeren heute Abend hier abholen. Reto Rutschi mache seinen Job, er mache ihn gut, so wie wir alle unsere Jobs auch gut machen würden. Die Rechnung sei durch die Revisionsfirma revidiert und für richtig befunden worden; damit gebe es eigentlich für die Parlamentarier nichts mehr zu husten. Etwas bemängeln oder die Rechnung zurückweisen könnte man nur dann, wenn die Rechnung falsch wäre – also Ausgaben- und Einnahmenposten fehlen würden –, in der Darstellung gravierende Fehler gemacht worden wären oder wenn die Exekutive neben dem Budget vorbei Ausgaben ohne Kompetenz getätigt hätte. Dies sei hier offensichtlich nicht der Fall; derartige Sachen würden bei der Qualifikation von Reto Rutschi und dessen Team gar nicht drinliegen. Entsprechend könne man durchaus sagen, die Rechnung sei eigentlich völlig uninteressant; deshalb hätten auch nur 8 Personen an der Infoveranstaltung vom 8. Mai 2018 teilgenommen. Alles sei passiert, alles sei vorbei. Interessant sei es dann vielmehr dort, wo man noch Einfluss nehmen könne, und dies werde im Rahmen des Budgetierungsprozesses 2019 der Fall sein. Patrick Rösli und auch Beat Schmitter hätten schon darauf hingewiesen und die Begehrlichkeiten seien seitens der SP bereits angemeldet worden. Da sehe man nun wieder einmal, wie unterschiedliche Auffassungen herrschen würden. Die einen seien der Meinung, die Gemeinde sei eine Kuh, welche im Himmel gefüttert werde und in der Moosanlage gemolken werden könne – und dies möglichst noch mehr –, und die anderen würden finden, die Gemeinde sei eine der Kühe, welche über den Hag fressen und den eigenen Kaninchen noch die letzten saftigen Halme wegnehmen würden. Wie viel die Kuh grasen dürfe und

weshalb, werde im Budget festgelegt; dies sei der bekannte und relevante Schritt. Die Rechnung zeige einfach nur, wie viel die Kuh im Jahr 2017 gegrast habe. In diesem Sinn danke er Reto Rutschi für seinen Weiderapport.

Detailberatung

Kapitel 1, Berichterstattung, S. 3-9

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 2, Eckdaten, S. 10-13

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 3, Bilanz, S. 14

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 4, Funktionen, S. 15-21

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 5, Sachgruppen, S. 22

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 6, Geldflussrechnung, S. 23

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 7, Finanzkennzahlen, S. 24-25

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 9, Bestätigungsbericht, S. 27

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 11, Anhang, S. 29-47

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 12, Details zur Jahresrechnung

- Bilanz, S. 48-55

Keine Wortmeldungen.

- Erfolgsrechnung nach Funktionen, S. 56-88

Keine Wortmeldungen.

- Erfolgsrechnung nach Sachgruppen, S. 89-96

Keine Wortmeldungen.

- Investitionsrechnung nach Funktionen, S. 97-102

Keine Wortmeldungen.

- Investitionsrechnung nach Sachgruppen, S. 103-104

Keine Wortmeldungen.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Das Schlusswort wird weder von Daniel Arn noch von Thomas Hanke verlangt.

Beschluss (einstimmig)

Genehmigung der Jahresrechnung 2017 mit einem Aufwandüberschuss von CHF 143'714.50 im Gesamthaushalt.

5 Sanierung und Erweiterung Doppelkindergarten Horbern; Belpstrasse 15, Muri; Abrechnung Verpflichtungskredit

Die Vorsitzende orientiert, die GPK habe keinen Sprecher nominiert.

Barbara Künzi verzichtet als gemeinderätliche Sprecherin auf ein Votum.

Eintreten wird nicht bestritten.

Reto Lauper führt namens der SVP-Fraktion aus, im Juli 2017 habe man den Doppelkindergarten vorzeitig beziehen können und wenig später seien schon die Parlamentarierinnen und Parlamentarier auf der Matte gestanden, um das brandneue Häuschen zu besichtigen. Das Herz aller Ratsmitglieder werde höher schlagen, wenn man lesen könne, dass die Kostenunterschreitung rund CHF 160'000 betrage. Es liege ein blumiger Projektbeschrieb vor wie "übersichtlich", "hell", "warm", "einladend", "angenehm", "geschickt", "bestens bewährt", "zeitgemäss", "sehr attraktiv", "hochwertig" und "umfassend". Ob wir nun günstiger oder billiger weggekommen seien? Dieser Frage habe er nachgehen wollen und sei am letzten Donnerstag nach telefonischer Voranmeldung, 10 Monate später, noch einmal nachschauen gegangen. Er sei dort freundlich empfangen und auf angenehme Weise durch das Gebäude geführt worden und er könne etwas sagen: Die Adjektive seien zutreffend! Sie seien sogar zu 100% zutreffend. Die Kinder seien zufrieden, die Kindergärtnerinnen seien zufrieden, die Ratsmitglieder sollten zufrieden sein. Allen Beteiligten dieses Projekts gebühre wirklich ein grosser Dank; es handle sich um eine gute Sache.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Das Schlusswort wird von Barbara Künzi nicht verlangt.

Beschluss (einstimmig)

Die Kreditabrechnung für die Sanierung und Erweiterung Doppelkindergarten Horbern wird genehmigt. Bei einem bewilligten Kredit von CHF 1'695'000.00 schliesst die Sanierung und Erweiterung mit Kosten von CHF 1'535'882.40 (Kreditunterschreitung von CHF 159'117.60) ab.

6 Verpflichtungskredit für die Übernahme der Netzinfrastruktur der öffentlichen Beleuchtung: Abrechnung

Die Vorsitzende weist unter Bezugnahme auf die vorliegende Botschaft darauf hin, dass sich im Antrag ein Fehler eingeschlichen habe. Gemäss Botschaftstitel und Traktandenliste handle es sich um die Abrechnung der **Netz**infrastruktur der öffentlichen Beleuchtung. Im Beschlussantrag sei dann nur noch die Rede von der Infrastruktur, entsprechend Traktandum 7. Es fehle also das Wort *Netz*; die Zahlen seien aber korrekt und sie werde den korrekten Beschlussantrag vor der Beschlussfassung auch noch einmal vorlesen.

Die Vorsitzende orientiert, die GPK habe keinen Sprecher nominiert. Mangels Anwesenheit von Markus Bärtschi erfolge auch keine Wortmeldung des gemeinderätlichen Sprechers.

Eintreten wird nicht bestritten.

Das Wort wird aus dem Rat nicht verlangt.

Beschluss (einstimmig)

Die Abrechnung über den Verpflichtungskredit für die Übernahme der Netzinfrastruktur der öffentlichen Beleuchtung wird genehmigt. Sie schliesst bei einem bewilligten Kredit von CHF 910'000.00 mit CHF 909'360.00 ab (Kreditunterschreitung von CHF 640.00).

7 Verpflichtungskredit für die Übernahme der Infrastruktur der öffentlichen Beleuchtung: Abrechnung

Die Vorsitzende orientiert, die GPK habe keinen Sprecher nominiert. Mangels Anwesenheit von Markus Bärtschi erfolge auch keine Wortmeldung des gemeinderätlichen Sprechers.

Eintreten wird nicht bestritten.

Das Wort wird aus dem Rat nicht verlangt.

Beschluss (einstimmig)

Die Abrechnung über den Verpflichtungskredit für die Übernahme der Infrastruktur der öffentlichen Beleuchtung wird genehmigt. Sie schliesst bei einem bewilligten Kredit von CHF 940'000.00 mit CHF 936'366.50 ab (Kreditunterschreitung von CHF 3'633.50).

**8 Arealentwicklung "Lischenmoos und Bahnhofplatz / Süd"
Kenntnisnahme der Ergebnisse der freiwilligen öffentlichen Mitwirkung sowie des bereinigten und beschlossenen Masterplans**

Die Vorsitzende orientiert, die GPK habe keinen Sprecher nominiert.

Thomas Hanke führt als gemeinderätlicher Sprecher aus, bereits bei der Kreditsprechung im August 2016 habe der Gemeinderat dem Parlament einen kontinuierlichen Einbezug in den Planungsprozess Lischenmoos in Aussicht gestellt, so dass es nun mehr als angebracht sei, das Parlament über den Abschluss der Masterplanung im Sinne einer Kenntnisnahme zu orientieren. Dabei danke er allen Parteien, Fraktionen und Parlamentsmitgliedern, die bei der freiwilligen öffentlichen Mitwirkung mitgemacht hätten. Botschaft und Unterlagen würden eine Fülle von Informationen weitergeben, auf die er hier nicht weiter eingehen wolle. Vielmehr möchte er die Gelegenheit benützen, einige Inputs zum weiteren Vorgehen aufzuzeigen.

Mit dem vorliegenden Mandat bzw. dem vom Parlament gesprochenen Kredit seien eine Zone mit Planungspflicht sowie das zugehörige Vertragswerk rund um den Mehrwertausgleich gedeckt. Die Folgegeschäfte würden zunächst in Gemeinderatskompetenz angegangen, dann aber würden sie teilweise ebenfalls in die Finanzkompetenz des Grossen Gemeinderats oder des Stimmvolks fallen. Welches die nächsten Vorgehensschritte seien?

- Zone mit Planungspflicht (ZPP)
Eine ZPP diene der grundeigentümergebundenen Sicherung der Planung. Diese werde letztlich durch das Stimmvolk beschlossen. Darauf aufbauende Detailplanungen (Überbauungsordnungen, Wettbewerbe) würden durch den Gemeinde-

rat beschlossen, der sich seinerseits am vorliegenden Masterplan als Richtprojekt und Steuerungsinstrument orientiere. Mit der grundeigentümergebundenen Planung müsse auch der Ausgleich von Planungsmehrwerten verfügt werden. Der Start des Planerlassverfahrens mit der öffentlichen Mitwirkung werde für die zweite Jahreshälfte angestrebt.

- Koordinations-Überbauungsordnung
Man rechne mit einer sehr langfristigen baulichen Umsetzung des Masterplans, weshalb der ZPP-Artikel im Baureglement möglichst wenige und generelle Definitionen enthalte. Damit solle die Planung vor dem Hintergrund eines sich stetig wandelnden Umfeldes möglichst lange Bestand haben. Um eine erfolgreiche Gebietsentwicklung gewährleisten zu können, brauche es neben der generellen ZPP auch eine präzisierende Überbauungsordnung (ÜO). Diese Koordinations-Überbauungsordnung werde die Baufelder, Bauweisen und Infrastrukturen näher bestimmen. Damit würden wichtige Elemente des Masterplans grundeigentümergebunden gesichert. Die ÜO könne im Laufe der Zeit leichter an geänderte Rahmenbedingungen angepasst werden, als eine ZPP. Mit der ÜO sei zudem die Planungspflicht einer ZPP erfüllt, womit für die Grundeigentümer eine Entwicklungshürde entfalle. Dazu gehöre auch eine Konkretisierung der Infrastrukturen, namentlich der Binnenerschliessung samt Infrastrukturverträgen. Damit diese präzise und verlässlich erfolgen könne, seien die Ergebnisse ergänzender Verkehrsstudien notwendig.
- Verkehrsstudien
Der Masterplan habe beachtliche Potenziale bzw. wichtige Abhängigkeiten in Bezug auf die betroffenen Verkehrsträger im Gebiet deutlich gemacht. Für eine optimale Umsetzung seien diese Wechselbeziehungen im Verbund mit den jeweiligen Institutionen zu verifizieren und zu präzisieren. Aufgrund unterschiedlicher Prioritäten und zeitlicher Umstände seien zwei Teilstudien zum Verkehr beabsichtigt:
 - Melchenbühlplatz/Dorfstrasse
Dazu ein paar wenige Ideen bzw. Stichworte:
 - Verlegung der RBS-Station
 - Verbesserung bzw. Neugestaltung des Melchenbühlplatzes (Absicht des Kantons)
 - Koordination mit dem Bypassprojekt Bern-Ost des ASTRA
 - Umgestaltungs- und Aufwertungspotenzial Dorfstrasse
 - Studie solle von Kanton, Gemeinde und RBS gemeinsam getragen werden
 - Worbstrasse/Bahnhofplatz/Lischenmoos
Auch hier ein paar Ideen bzw. Stichworte:
 - Erschliessungsspanne im Inneren des Lischenmooses
 - Anbindung an die Worbstrasse
 - Langfristige Gestaltung der Hauptachse Worbstrasse
 - Zentrumsplatz südlich des Bahnhofs
- Bündelung der Spiel- und Aufenthaltsflächen
Die Siedlungsentwicklung nach innen stehe oft im Spannungsfeld mit den Anforderungen der kantonalen Bauverordnung an Bauvorhaben hinsichtlich Spielplätzen, Spielflächen und Aufenthaltsflächen. Gerade im Lischenmoos solle eine optimale Dichte erzielt werden, um einen grossen Teil des Entwicklungsbedarfs der Gemeinde decken zu können. Bei einer Arealüberbauung sei es wenig sinnvoll, dass kleinteilig jeder Bauherr eigenständig die Aussenflächen nach Bauverordnung nachweise. Eine Bündelung und die Nutzung von Synergien seien hier sehr sinnvoll und würden die bauliche Entwicklung stimulieren. Es sei angedacht,

die Parkplätze nördlich des Sportzentrums Füllerich zu überdecken und die geschaffene Plattform zur zentralen Bündelung von Freiflächen zu verwenden.

- **Zentrumsplatz und Hochhaus Bahnhof Süd**
Mit dem Masterplan bestehe eine geeignete Grundlage, im Zentrum von Gümligen im Rahmen der Aufwertung des Platzes um den Kreisel einen grosszügigeren öffentlichen Raum zu schaffen. Im Spitz des Lischenmoos, am Ort des heutigen Jugendtreffs, habe der Masterplan die geeignete Lage für ein Hochhaus ausgewiesen. Grundeigentümerin sei dort die Gemeinde, womit die einmalige Chance bestehe, einen zentralen öffentlichen Platz, ein markantes Gebäude und die Zugangssituation zum Bahnhof gesamthaft als ein gelungenes Ganzes zu konzipieren und baulich zu entwickeln. Die Baufelder A1 - A5 gemäss Masterplan würden kaum gemeinsam realisiert, sondern langfristig etappiert. Dies sei aber in den Augen des Gemeinderats keine unüberwindliche Herausforderung. Der Gemeinderat räume der Realisierung dieses Bausteins einen hohen Stellenwert in Bezug auf die gesamte Zentrumsentwicklung ein. Dieser Baustein werde in hohem Mass nicht nur das Ortsbild, sondern auch den Charakter und die Dynamik des ganzen Entwicklungsgebiets prägen. Daher hoffe man, diesen Baustein rasch realisieren zu können.

Die Arbeit gehe also nicht aus und er freue sich auf das weitere aktive Mitwirken der Ratsmitglieder, das nächste Mal bei der Mitwirkung zur ZPP.

Eintreten wird nicht bestritten.

Die Vorsitzende erklärt, wie sie den Fraktionspräsidenten bereits per Mail mitgeteilt habe, werde je Fraktion ein kurzes Statement zur seitens des Gemeinderats eingeschlagenen Stossrichtung der Planung und zu den Fazits gewünscht. Weiter werde ein Statement zu den auszuarbeitenden ZPP-Vorschriften erwartet. Sie schlage folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen

Fraktionserklärungen

Beat Schneider führt aus, die SP-Fraktion wolle das Wichtigste vorwegnehmen: Sie finde den heute vorliegenden Masterplan eine gute Sache. Sie habe in diesem Zusammenhang auch gelernt, dass die politischen Mühlen langsam mahlen würden. In einem Postulat vom November 2010 habe die SP den Gemeinderat eingeladen aufzuzeigen, wie er die Arbeitszone Lischenmoos so gestalten könne, dass die Interessen der Grundeigentümer und der Gemeinde bestmöglich und zukunftsgerichtet in einer Gesamtplanung gebündelt werden könnten. Heute, 7 1/2 Jahre später, liege ein Masterplan vor, welcher eine Vision abbilde. Der Gemeinderat habe aktiv mit modernen städteplanerischen Methoden bewirkt, dass diese Vision entstanden sei. Dies finde die SP sehr gut. Ebenfalls finde sie gut, dass bei der Erarbeitung dieses Grundlagenwerks die Einwohner der Gemeinde stets mit einbezogen worden seien. Dies sei ein erster Schritt; der Weg sei noch weit. Wenn es nach Plan laufe, würden wir in der Mitte dieses Jahrhunderts eine Umsetzung dieser Vision haben. Trotz des guten Resultats sei die SP nicht überall gleicher Meinung wie der Masterplan. Die in der Mitwirkung eingebrachten Punkte seien mehrheitlich nicht berücksichtigt worden. Speziell erwähnenswert sei die Reihenfolge, in welcher man die Etappen umsetzen wolle. Aus Sicht der SP habe der Zentrumsplatz eine zentrale Funktion, bilde er doch quasi einen Leuchtturm, und man verstehe nicht ganz, weshalb er erst ganz am Schluss, als letzte Etappe, angegangen werde.

Die SP sei der Meinung, dass es sinnvoll sei, die ZPP für das ganze Planungsgebiet in mehrere Perimeter aufzuteilen und die Details dazu für die einzelnen Etappen zu gegebener Zeit zu konkretisieren. Im Gegensatz zu den Vorstellungen des Gemeinderats sei die SP der Auffassung, dass bezüglich günstigem Wohnraum mehr Vorgaben gemacht werden müssten und man z.B. auch in Richtung Wohnbaugenossenschaften weiterdenken müsste. Sie sei der Meinung, dass man nicht nur auf den Goodwill der Investoren setzen sollte. Insgesamt teile die SP die Ansicht, dass der Masterplan eine gute Vision für das westliche Zentrum Gümligen sei.

Bezüglich Mobilität unterstütze die SP die Erarbeitung eines Mobilitätskonzepts und sei der Meinung, dass für das verkehrstechnisch gut erschlossene Gebiet die Parkplatzzahl klein sein müsse. Dies auch deshalb, da in städtischen Gebieten der Trend zu autolosen Haushalten stetig steige. In diesem Sinn glaube die SP nicht, dass eine Flexibilisierung der Parkplatzzahl zielführend sein werde. Sie begrüsse Bestrebungen für eine abschnittsweise Temporeduktion auf der Worbstrasse. In der Agglomeration Bern gebe es bereits solche Fälle; man könne sich z.B. in Köniz inspirieren lassen.

Beim Freiraum und der Gestaltung der öffentlichen Räume unterstütze die SP das Pooling der Freiflächenbedürfnisse mit Direktverbindungen zwischen den einzelnen Bereichen. Für die Umsetzung des Masterplans brauche es eine Zusammenarbeit mit den Grundeigentümern. Es brauche einen kontinuierlichen Dialog, viele Gespräche, Erklärungen und Überzeugungsarbeit, so dass am Schluss eine Win-Win-Situation entstehen könne. Der SP sei im Moment noch nicht ganz klar, wie hier die Vorgehensweise sei und wo man zurzeit stehe. In diesem Sinn werde die SP-Fraktion den Masterplan zur Kenntnis nehmen.

Reto Lauper führt namens der SVP-Fraktion aus, es habe eine öffentliche Mitwirkung in einem sehr komplexen und breiten Themenfeld stattgefunden. Trotz immerhin 24 gültigen Beiträgen sei eine Tendenz, aber keineswegs eine repräsentative Gesammeinung abzulesen. Es handle sich um das Filetstück der Gemeindeentwicklung an perfekter Lage, mit aktuell schlecht genutzten Räumlichkeiten und mit so vielen Eigentümern. Die Gemeinde habe mit viel Geld und investiertem Aufwand erhofft, dass Investoren anbeissen bzw. dass Eigentümer dort Investitionen tätigen würden. Bei so grossen und langen Planungs- und Entwicklungshorizonten – wie dies z.B. eben bei den Baufeldern C, D und E der Fall sei, wo man von 20-30 Jahren spreche – müsse unbedingt darauf geachtet werden, dass das Korsett heute nicht allzu eng geschnürt werde. Die SVP kritisiere, dass bereits jetzt das klassische 2018er-Parteiheftlein gezogen werde und daraus jetzt schon gewisse Regulierungen eingepflanzt werden sollten. Dies sei menschlich und verständlich, aber nicht zielführend; er komme darauf zurück. Die zukünftigen Investoren würden planen, bauen und erschaffen. Denen sollte man die Freiheit lassen, dasjenige zu erbauen, was dannzumal, zu dieser Zeit, technologisch aktuell, gesellschaftlich nachgefragt und wirtschaftlich verträglich sein werde. Wenn jetzt schon gefordert werde, dass die Parkplätze pro Nutzungseinheit noch weiter hinuntergehen sollten, als die Grenze der Bauverordnung vorsehe, so sei dies genau das, was er mit dem parteipolitisch versteiften aktuellen Gedankengut meine. Wer denn wisse, wohin die Technologie in den nächsten 10, 20 oder 30 Jahren gehen werde. Er sei schon berufsbedingt sehr nahe an dieser Entwicklung tätig und sehe so viele Möglichkeiten, wohin das Ganze führen könnte. Es könne sein, dass wir in diesem Planungshorizont eine Abwandlung der heutigen Autos hätten; wasserstoffbetriebene Vehikel. Jeder von uns werde so eines haben; eine Mischung aus Cargobike und Auto, oder was auch immer. Wir wüssten nicht genau, wohin das führe und jetzt bereits zu sagen, wir wollten absolut keine Parkplätze haben, erachte er als zu kurzfristig.

Der Handlungsbedarf sei im Masterplan erkannt worden, aber nach Meinung der SVP gehe er in die falsche Richtung. Man sollte das Korsett lösen und dem Ganzen etwas

mehr Schnauf geben. Wenn jetzt schon von Anteilen an sozialverträglichen Wohnungen oder Wohnbaugenossenschaften gesprochen werde, dann bitte er aber auch im gleichen Atemzug um Forderungen nach vermehrten hiesigen Arbeitsplätzen und damit zu lokalem attraktivem Gewerbe und Wohnen. Dies werde der Schlüssel sein zum Erfolg des ganzen Projekts. Das Gewerbe brauche Parkierungsmöglichkeiten, egal mit welcher Art von Vehikeln dies sein werde. Der Mensch werde immer auf Autos oder Abwandlungen davon angewiesen sein. Den Transport von Gütern, von Einkäufen etc. werde es immer geben. Also komme dem Mobilitätskonzept ebenfalls eine sehr tragende Rolle zu und auch hier bitte er darum, nicht schon aus dem aktuellen Parteibüchlein herauszuschreien, sondern das Korsett anzulegen, vorzugeben, aber noch nicht zu fest zu schnüren. Ja zu langsamen Quartierstrassen wo nötig, aber auch schnelle Verkehrsträger wie die Worbstrasse für den Verkehr frei lassen.

Energievorlagen wie die 2'000 Watt-Gesellschaft seien sicher ein probates Mittel und auch die SVP stimme dem bis zu einem gewissen Grad zu. Aber auch hier: Das heutige Festnageln auf genau diese Vorgabe sei nicht zweckdienlich. Im Realisierungszeitpunkt würden die Nachfrage sowie der dannzumal aktuelle technologische Stand entscheiden, was gebaut werden solle. Dass unsere Gemeinde vorgebe, dass alle Gebäude und Bauten energietechnisch dannzumal auf dem neusten Stand sein sollten, unterstütze und begrüsse die SVP sehr. Aber auch diesbezüglich: Die Schablone sollte angebracht, aber nicht zu eng zugezogen werden. Die SVP sei im Sommer 2016, als der Kredit gesprochen worden sei, die einzige Partei gewesen, welche die Vorlage abgelehnt habe. Sie sei damals der Meinung gewesen, dass der zu investierende Betrag von CHF 825'000 zu hoch sei, zu viele Risiken und Unsicherheiten mit sich bringe. Man werfe fast CHF 1 Mio. weit nach vorne, weit die Gasse hinunter und hoffe, dass man in 10, 20 oder 30 Jahren einmal mit Erfolg "darüberstogeln" könne. In diesen Räumlichkeiten sei dies demokratisch legitimiert worden, die SVP stehe sehr gerne zur Verfügung und helfe tatkräftig mit. Auch bei den nächsten Schritten stehe die SVP da und werde ihr offenes und zukunftsgerichtetes Gedankengut einbringen. Ebenfalls schätze die SVP das transparente, vorbildliche und öffentliche Vorgehen in diesem ganzen Prozess.

Andrea Corti erklärt namens der FDP-Fraktion, das Areal Bahnhofplatz Süd und insbesondere das Gebiet Lischenmoos könnten künftig besser genutzt und damit aufgewertet werden. Dies mache auch Sinn, denn das Gebiet liege nicht am Siedlungsrand, sondern an zentraler Lage und sei bestens mit öV- und Strassennetz erschlossen. Zudem biete dies eine grosse Gelegenheit, in unserer Gemeinde eine Siedlungsentwicklung nach innen umzusetzen. Der Weg zur Umsetzung sei nicht einfach, zumal die Gemeinde selber nicht Eigentümerin grösserer Grundstücke sei und es andererseits Eigentümer gebe, deren Grundstücke kleine Flächen aufweisen würden sowie Eigentümer mit grossflächigen Grundstücken. Schliesslich müsse es auch gelingen, die Grundeigentümer zu motivieren, ihre Grundstücke/Liegenschaften im Sinne einer zukunftsweisenden Planung zu gestalten. Um dies ermöglichen zu können, sei ein Testplanungsverfahren vorgesehen worden, mit Erarbeitung eines Masterplans für 2018 und einer Zone mit Planungspflicht. Weiter sei vorgesehen, 2020 eine Gemeindeabstimmung über die Zone mit Planungspflicht durchzuführen. Im Falle der Zustimmung könnten ab 2021 bereits erste Realisierungsprojekte umgesetzt werden.

Das durchgeführte Testplanungsverfahren habe sich als ideal erwiesen, um breit abgestützt Ideen für eine verdichtete Nutzung des Areals mit Wohn-, Dienstleistungs- und Gewerbeflächen zu entwickeln. So sei es möglich gewesen, einen fruchtbaren Dialog zwischen Fachteams, den betroffenen Grundeigentümern und Anwohnernvertretungen sowie der Gemeinde zu führen. Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer sowie Anwohnernvertreter hätten sich sehr gut "abgeholt" gefühlt und würden den Ergebnissen positiv gegenüberstehen. Das Ergebnis – der bereinigte Masterplan mit noch vorzunehmenden Anpassungen – sei erfreulich, dies u.a.:

- Weil ein stimmiges Gesamtkonzept vorliege, welches sich gut umsetzen und örtlich einbetten lasse.
- Weil sich einzelne Teilbereiche schrittweise und zeitlich unabhängig umsetzen liessen, unter Berücksichtigung der Situation der Grundeigentümer.
- Weil Art und Mass der Nutzung ortsverträglich und wirtschaftlich interessant seien.
- Weil neuer Grün- und Freiraum vorgesehen sei.

Die FDP-Fraktion werde im weiteren Prozess weiterhin ihre Standpunkte einbringen, die trotz ihrer Mitwirkung nicht aufgenommen worden seien. In diesem Sinn werde die Exekutive ersucht, diese Standpunkte zu berücksichtigen. Die FDP-Fraktion danke der Gemeindeverwaltung und der Exekutive für die bisher am Projekt geleisteten Arbeiten und empfehle, das Ergebnis der freiwilligen öffentlichen Mitwirkung sowie den bereinigten und beschlossenen Masterplan zur Kenntnis zu nehmen.

Gabriele Siegenthaler Muinde dankt dem Gemeinderat namens der forum-Fraktion für die überobligatorische Mitwirkung und generell für den partizipativen Prozess. Es handle sich um ein Anliegen, welches das forum schon lange vertrete – mehr Interaktion, mehr Dialog – und hier liege ein Beispiel vor, welches zeige, wie ein Vorgehen zu einem guten Resultat führe. Der Masterplan, wie er in die Vernehmlassung gegangen sei, habe für das forum auf strategischer Ebene gestimmt, weshalb auch auf eine aktive Mitwirkungsbeteiligung verzichtet worden sei. Die wirklich wichtigen Eckwerte seien für das forum in Ordnung. Das zentrale Anliegen des forums sei, dass im Lischenmoos eine zukunftsorientierte und nachhaltige Überbauung und Weiterentwicklung geplant werde. Dies werde im Masterplan in grossen Zügen angeregt. Eine nachhaltige Überbauung habe verschiedene Dimensionen zu enthalten, nämlich nicht nur die ökologische Dimension – wo es um Anliegen wie Energie, Verkehr oder auch Biodiversität gehe –, sondern auch die Aspekte soziale und finanzielle Nachhaltigkeit. Dies sei vielen Leuten nicht unbedingt bewusst. Mit sozialer Nachhaltigkeit seien Aspekte gemeint wie z.B. auch das Einbinden des lokalen Gewerbes, aber auch das Finden von neuen, beispielsweise generationenübergreifenden Wohnformen. Es könnten sich neue Arten von Wohnsituationen abzeichnen, bei welchen eben die soziale, gesellschaftliche Nachhaltigkeit eine Rolle spiele. Sei von finanzieller Nachhaltigkeit die Rede, so gehe es z.B. um eine Vollkostenrechnung, die nicht nur die zu tätigen Investitionen aufzeige, wenn ein Gebäude gebaut werde, sondern auch der Betrieb oder ein Rückbau, sollte ein solcher notwendig werden, miteingerechnet würden. Es werde geschaut, wie viel ein Gebäude über einen ganzen Lebenszyklus koste. Dazu würden Fragen der Anpassungsfähigkeit von Gebäuden kommen, wenn sich die Bedürfnisse ändern würden. Dies seien Überlegungen, die bei grösseren Ensembles durchaus relevant seien.

Mit dem Lischenmoos hätten wir ein bestens erschlossenes Gebiet, dies sei von Anfang an der Ausgangspunkt gewesen. Deshalb sei das forum der Meinung, dass sich das Gebiet besonders gut eigne für eine nachhaltige und zukunftsorientierte Siedlungsentwicklung. Das forum sei etwas irritiert gewesen darüber – und habe das Gefühl, es sei etwas anachronistisch –, dass man jetzt in der Mitwirkung die Vorgaben bezüglich Mobilität gelockert habe, insbesondere auch, da ja festgehalten werde, dass die Mitwirkung keinen repräsentativen Charakter habe. Deshalb finde das forum, es sei etwas frühzeitig, schon Schlussfolgerungen zu ziehen. Immerhin werde am Oberziel festgehalten, die Abklärungen bezüglich 2'000 Watt-Areal weiterzuführen, auch wenn es in erster Linie um ökologische Nachhaltigkeit und weniger um die anderen, vorher erwähnten Dimensionen gehe. Das forum sei gespannt, was der Machbarkeitsbericht zutage fördern werde und hoffe, dass dieser auch dem GGR zur Verfügung gestellt werde, damit sich die Ratsmitglieder ein Bild darüber machen könnten, zu welchem Schluss dieser gelange. In Bezug auf die ZPP-Bestimmungen sei klar, dass sich das forum weiterhin auf die Nachhaltigkeitsaspekte fokussieren werde, damit die verschiedenen enthaltenen Dimensionen nicht nur etwas bringen würden bezüglich Öko-

logie, sondern generell für die Entwicklung der Gemeinde, für das Zusammenleben in der Gemeinde und für die Lebensqualität der Bewohnerinnen und Bewohner.

Carole Klopstein führt aus, die Fraktion der Grünen habe den Masterplan ebenfalls studiert, habe sich auch am Mitwirkungsverfahren beteiligt und sei mit der Stossrichtung grundsätzlich einverstanden. Sie begrüsse die geplanten Massnahmen da sie denke, dass diese einen sehr positiven Einfluss auf die Ortsentwicklung hätten und die Gemeinde, namentlich der Ortsteil Gümligen, damit nachhaltig an Attraktivität gewinne. Insbesondere würden die Grünen Bestrebungen begrüssen, dass geprüft werde, wo die streckenweise Temporeduzierung des Verkehrs sinnvoll wäre. Die Fraktion sei der Meinung, dass mit einer Temporeduktion das Zentrum an Qualität gewinnen könne, da die Verkehrssicherheit viel besser gewährleistet sei, die Lärm- und Schadstoffemissionen tiefer seien und dies auch nachhaltig zu einer besseren Lebensqualität im Zentrum beitrage. Wie das forum seien auch die Grünen etwas irritiert darüber gewesen, dass man die Vorgaben bezüglich Mobilität gelockert habe, denn sie seien der Meinung, dass 0,5 Parkplätze pro Wohneinheit ein absolut erstrebenswertes Ziel wären in einem Zentrum, welches so nah bei der Stadt liege und über so gute Verkehrsverbindungen verfüge. Den Bewohnerinnen und Bewohnern könnte in Fussgängernähe alles Mögliche zur Verfügung gestellt werden, so dass ein autofreies Leben problemlos möglich wäre. Deshalb bedaure die Fraktion diese angestrebte Lockerung ausserordentlich und hoffe natürlich trotzdem, dass gerade im Zentrums-kern weiterhin darauf geachtet werde, so wenig Parkplätze wie möglich zu erstellen; eben gerade so viele, wie für Gewerbe und Anwohnende notwendig seien.

Zum weiteren Vorgehen: Die Grünen hätten das Geschäft Zentrumsentwicklung Turbenweg / Füllerichstrasse als sehr erstrebenswert erachtet und sie würden sich wünschen, dass gewisse Elemente daraus auch beim vorliegenden Geschäft Eingang finden würden. Insbesondere, was einerseits die Beschaffung von Baumaterialien und natürlich den Minergie-Standard – ein guter und nachhaltiger ökologischer Standard – betreffe und andererseits, dass eine gewisse soziale Durchmischung angestrebt werde. Dies heisse natürlich auch, dass das lokale Gewerbe gefördert werde, aber ebenso, dass verschiedene soziale Schichten und verschiedene Wohn- und Gemeinschaftsstrukturen anzustreben wären. Dies könnte mit einer Wohnbaugenossenschaft oder mit generationenübergreifendem Wohnen erreicht werden. Die Fraktion der Grünen sei sicher, dass die Arealentwicklung Lischenmoos ein tolles Ergebnis ergebe, wenn solche Elemente mit eingebunden würden.

Detailberatung und weitere Wortmeldungen

Urs Grütter (SVP) führt aus, er glaube, wir seien hier wieder in der Nähe des Bonmots: "*Planung ist der Ersatz von Zufall durch Irrtum*". Fast CHF 1 Mio. hätten wir "verbraten" und bis jetzt nicht gehört, dass bereits irgendwo ein Investor in Sicht wäre. Und wenn einer in Sicht wäre und er hätte hier dieser Diskussion zugehört, so hätte er den Saal irgendeinmal vor 5 Minuten verlassen. Es sei doch ortsplanerisch gesehen recht einfach: Möglichst viel Bruttogeschossfläche auf möglichst wenig Boden bauen. Wir würden über beschränkten Boden verfügen und wollten nicht das wenige Landwirtschaftsland, das wir noch hätten, zubetonieren. Und ein Saubannerzug zur Eroberung von Allmendingen mit seinen grossen freien Flächen liege heute ja auch schlicht nicht mehr drin. Wir sollten uns mehr darauf konzentrieren, Investoren zu finden und nicht noch mehr zu planen und noch mehr zu planen. Weshalb man nicht einmal einen Investorenwettbewerb ausschreibe und vier qualifizierten Investoren je CH 200'000 verspreche, wenn sie eine ZPP und ein grobes Vorprojekt abliefern würden, die sie dann auch binnen 5 Jahren zu realisieren bereit wären? Dann würde es nicht 20 Jahre dauern, bis etwas gehe. Man müsste halt einmal etwas aus der Hand geben und die Rahmenbedingungen so attraktiv machen, dass ein Investor komme. Ein Investor

realisiere nichts, was der Markt nicht schlucke und er baue keinen Parkplatz zu viel. Er habe schon Bauprojekte gesehen, wo man sich als Nachbar mit freien Flächen dafür habe wehren müssen, dass die nötigen Parkplätze erstellt würden, damit nicht ständig Besucher und Mieter usw. auf den freien Flächen wären. In diesem Sinn finde die Wandlung auch im Denken des Investors statt. Dieser wolle nicht mehr Parkplätze bauen, als er brauche, denn auch ein Parkplatz koste Geld. Aber er wolle so viele Parkplätze bauen können, dass er seine vorgesehene Nutzung – oder eben die von uns grob vorgegebene – realisieren könne. Dies wisse der Investor wesentlich besser, als irgendein Planungsteam, welches irgendwelche Ideen städtebaulicher Natur zu Papier bringe, egal ob nun ein Investor komme, der das kaufe, oder nicht. In diesem Sinn sollte man in eine andere, viel stärker investorbezogene Planungsweise umschwenken. "Erfreulich", wie die FDP sage, oder "gutes Resultat", wie das forum sage, wäre es für ihn eigentlich erst dann, wenn ein Investor hier konkret mit einer ZPP und seinem Vorprojekt daherkomme und sage: "Wollt ihr das? Dann macht dies zum Gesetz (Baureglement etc.) und dann baue ich". Der Landeigentümer möchte bauen und wir hätten ein Projekt, von welchem wir denken würden, es passe an diese Stelle. Ein Investor werde genau dann bauen, wenn er bauen könne in der Meinung, der Markt schlucke dies. Wir könnten noch jahrelang planen und sehr viel Steuergelder ausgeben; es werde nichts passieren, wenn einem Investor nicht der Anreiz und die Möglichkeit gegeben würden, das zu bauen, was er brauchen könne und was der Markt schlucke.

Gino Brenni (Grüne) erklärt, es seien von der SVP zwei Wortmeldungen zu hören gewesen und er wolle kurz auf das von Reto Lauper bezüglich Parkplätzen Gesagte eingehen, wonach man nicht wisse, wohin die technologischen Entwicklungen führen würden. Es könnte auch ganz anders sein. Vielleicht gebe es Systeme, in denen ein einzelner das Fahrzeug gar nicht mehr besitze, da der Verkehr und die Fahrzeuge auf den Strassen zunehmen würden. Es würden sich vielleicht Systeme entwickeln, in welchen man über App's ein Fahrzeug bestelle, wenn man es brauche, und man quasi ein Abo habe. Der individuelle Besitz von Fahrzeugen, egal ob sie strom- oder wasserstoffbetrieben seien, würde eher abnehmen und die ganze Sharing Economy würde sich in eine Richtung bewegen, wo man sage, dass es vor einem Wohngebäude gar keine fixen Parkplätze mehr brauche. Es laufe dann vielleicht darauf hinaus, dass man möglichst Kurzzeitparkplätze habe, wo man hinkomme, einsteige und in Richtung des mittels App eingegebenen Ziels losfahre. Natürlich sei dies für einige Leute etwas schwer vorstellbar; für diejenigen, für welche ein Fahrzeug auch den Charakter habe zu zeigen, welchen Status man habe. In diesem Fall komme Sharing natürlich gar nicht in Frage. Er habe trotzdem darauf hinweisen wollen, gebe es doch vor allem aus dem Silicon Valley technologische Vorzeigeprojekte und in grösseren amerikanischen Städten gebe es Tendenzen, aus welchen herauszulesen sei, dass der individuelle Besitz von Fahrzeugen künftig eher abnehmen werde, da der Verkehr gar nicht mehr so planbar sei. Wenn man wisse, wann ein Fahrzeug wo durchfahre, sei der Verkehr besser planbar. Es gebe auch selbstfahrende Fahrzeuge etc. und die ganze Entwicklung könnte dazu führen, dass man weniger Parkplätze oder zumindest weniger Fläche, oder weniger fixe und mehr Kurzzeit-Parkplätze brauchen werde.

Patrick Rösli (forum) bedankt sich bei der SVP für die in Bezug auf das Projekt im Grossen und Ganzen wohlwollenden Voten. Er möchte aber noch Folgendes erwähnen: Bereits beim Turbenweg und nun auch beim vorliegenden Geschäft sei eine Art Angstmachermentalität feststellbar, indem suggeriert werde, dass keine Investoren motiviert werden könnten, zu investieren, wenn das Planungskorsett zu eng geschnürt werde. Er könne dies nicht beurteilen und habe deshalb den Stadtbaumeister von Langenthal – Herrn Slongo, der bei ihm im Quartier wohne – gefragt. Dieser habe ihm mitgegeben, dass dies je nach Lage der Fall sein könnte. Dies werde aber garantiert nicht der Fall sein im Lischenmoos, an einer derartigen Lage, mit einer derartigen Verkehrsanbindung, mit dem Steuersatz unserer Gemeinde. Die Keule, wir könnten

Investoren vergraulen, könnten wir beiseitelegen. Dies sei hier nicht Fall und kein Thema. Im Gegenteil: Wir könnten in diesem Perimeter durchaus Forderungen stellen und durchsetzen.

Reto Lauper (SVP) erklärt an die Adresse von Gino Brenni, sie beide würden in die gleiche Kerbe schlagen. Seine Kernaussage, wonach man sich nicht bereits im heutigen Zeitpunkt auf eine bestimmte Parkplatzanzahl versteifen sollte, werde unterstrichen. Die Entwicklung könne in beide Richtungen gehen: In Richtung Sharing, wie von Gino Brenni erwähnt, wo kaum mehr jemand ein eigenes Vehikel besitzen werde, sie könne aber auch dahin gehen, dass jeder irgendein Vehikel haben werde. Schlussendlich würden sie beide in die gleiche Kerbe schlagen und dies sei ja gut. Zu den Ausführungen von Patrick Rösli könne er sich noch nicht äussern, dafür sei die Zeit zu kurz gewesen.

Urs Grütter (SVP) führt aus, er stelle fest, dass seit nunmehr 8 Jahren geplant werde – die SP nehme für sich in Anspruch, dies 2010 angestossen zu haben – und man noch nicht gehört hätte, dass die Zürich Versicherungen oder die Mobiliar oder wer auch immer dort etwas bauen möchten. Solange kein Investor vorhanden sei, hätten wir uns auch nicht einen Erfolg auf die Fahne zu schreiben.

Beat Schmitter (FDP) erklärt, es sei verschiedentlich gesagt worden, wir wüssten nicht, wie die Entwicklung weitergehe, ob wir in 10 Jahren keinen Verkehr mehr oder anderen Verkehr hätten. Wenn wir vor 10 Jahren über selbstfahrende Fahrzeuge oder über Sharing gesprochen hätten, so hätten alle verständnislos den Kopf geschüttelt. Hier werde von einem Projekt auf 20, 30 Jahre hinaus gesprochen. Was Reto Lauper gesagt habe, nämlich dass das Korsett sehr offen gehalten werden sollte, sei richtig. Vielleicht würden wir in 10 Jahren etwas völlig anderes brauchen. Ob vor 10 Jahren jemand gewusst hätte, was eine App sei? Vielleicht hätten wir in 10 Jahren etwas, was wir uns jetzt noch gar nicht vorstellen könnten. Wenn wir dannzumal die App in unserer ZPP zementiert hätten, dann müssten wir wieder über die Bücher und mühsam wieder zurück. Seine Meinung sei ganz klar, dass möglichst alle Möglichkeiten offen gelassen werden sollten. Wenn man nun hier "mauere", hätten wir eventuell später ein Riesenproblem, um etwas einigermaßen Vernünftiges machen zu können, was dannzumal dem Trend und der Idee der Zeit entspreche.

Beat Schneider (SP) erklärt, es sei zwar vielleicht schon noch vieles offen, was in Zukunft sein werde, aber unsere vorhandenen Ressourcen würden sich nicht vermehren. Deshalb müssten wir wirklich versuchen, mit Verdichtung ein Optimum herauszuholen und nicht noch mehr zersiedeln. Diese Woche sei in der Zeitung zu lesen gewesen, dass man sich nicht mehr in die Breite ausdehne, sondern eben nach innen verdichte; und dies sollten wir machen.

Gabriele Siegenthaler Muinde (forum) führt aus, sie könne sich Beat Schneider anschliessen. Die Diskussion sei nicht, dass die Lösungen vielfältig sein könnten; diese könnten tatsächlich nicht vorausgesehen werden. Aber sie denke, dass alle im Saal, welche Zeitung lesen würden, wüssten, was die Herausforderungen für die Zukunft sein würden. Und diese seien eindeutig.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Thomas Hanke führt in seinem Schlusswort aus, er bedanke sich für die Voten, welche nicht ganz überraschend gekommen seien. Man werde diese in die weitere Entwicklung der ZPP-Bestimmungen miteinbeziehen. Wenn es nun unerschwerlich so getönt habe, wie wenn man die Investoren zuerst suchen oder finden müsste, so sei dazu zu sagen, dass ein beachtlicher Teil der Grundeigentümer auch Investoren seien. Man habe mit den Grundeigentümern noch eine intensivere Partizipation gemacht als mit

den Parlamentsmitgliedern. Sie würden im Rahmen der Entwicklung der ZPP-Bestimmungen wiederum miteinbezogen und es gebe erste Investoren, die gesagt hätten, sie würden einen Start wagen, bevor die ZPP-Bestimmungen dem Stimmvolk vorgelegt würden. Sie würden schon ein Bauprojekt erarbeiten mit dem Risiko, dass, wenn die ZPP-Bestimmungen "kippen" würden, das Bauprojekt nicht realisiert werden könnte. Dies zeige – wie Reto Lauper auch schon gesagt habe – den Spagat, den es zu meistern gelte. Wir müssten mit den ZPP-Bestimmungen eine Lösungsmöglichkeit anbieten, mit welchen der Investor von heute wie auch der Investor von übermorgen arbeiten könne. Man hoffe, in Kombination mit den Überbauungsordnungen diesen Mittelweg gewährleisten zu können. Er sei gespannt auf den Prozess. Die Festlegung der ZPP-Bestimmungen sei aber wie gesagt Sache der Gemeinde. Ein einzelner Investor in diesem Gebiet sei für die Erarbeitung einer ZPP zu klein und keiner sei bereit, dem andern sein Terrain für ein Gesamtes abzutreten. Also müsse die Gemeinde hier Vorleistungen erbringen; dies mache sie aber gerne.

Beschluss

1. Kenntnisnahme des Ergebnisses der freiwilligen öffentlichen Mitwirkung.
2. Kenntnisnahme des bereinigten und beschlossenen Masterplans.

9 Postulat SP/Grüne: "Fair Trade Town" Muri-Gümligen; Zwischenbericht

Die Vorsitzende orientiert, der Zwischenbericht des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Thomas Hanke verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Eva Schmid führt aus, die SP-Fraktion danke dem Gemeinderat für den Zwischenbericht sowie die bisher getroffenen Abklärungen. Sie habe mit Interesse Kenntnis genommen von den Stellungnahmen der Kindertagesstätte, der Tagesschule, der Schule und des Alterszentrums Alenia. Das Fair Trade-Label sei diesen Institutionen erfreulicherweise bekannt, auch wenn mit Ausnahme der Tagesschule und der Schule Muri nicht konsequent auf deren Einsatz gesetzt werde. Erfreulich sei aber, dass alle angefragten Institutionen angeben würden, vorab auf den Einkauf regionaler Produkte zu achten. Denn da seien sich sicher alle im Sinne der Nachhaltigkeit einig: regional komme vor fair trade. Dass Fair Trade-Produkte teurer seien, sei zum Teil ein Hinderungsgrund für deren Einkauf durch diese Institutionen. Die SP-Fraktion rege an, dass der Gemeinderat – eventuell gestützt auf die Stadtberner Erfahrungen – den Institutionen ein Infoblatt zum Thema abgebe. Dieses würde idealerweise sowohl Inputs zum Thema Nachhaltigkeit als auch zu fair trade enthalten und überdies Vorschläge machen, wo Fair Trade-Produkte von Institutionen allenfalls günstiger eingekauft werden könnten.

Ein spezielles Thema sei der Fisch. Die Kindertagesstätte habe eine sehr realistische Einschätzung abgegeben. Sie schreibe, beim Fisch sei die Situation sehr schwierig, weil keines der gängigen Labels unbestritten sei und es zudem keinen Fair Trade-Fisch gebe. Es sei aus Kostengründen nicht möglich, nur einheimischen Fisch zu verwenden. Die SP-Fraktion teile die Einschätzung der Kita. Angesichts der desolaten Zustände in ausländischen Fischzuchten, aber auch beim Wildfang, angesichts der Überfischung der Ozeane und der gesundheitlichen Risiken infolge der Schwermetallbelastung von Fisch könnte eine Empfehlung an die Institutionen lauten, gänzlich auf ausländischen Fisch zu verzichten. Auf den nächsten Zwischenbericht und das, was aus dem vom Gemeinderat angekündigten Austausch mit dem Stadtberner Wirtschaftsamt resultieren werde, freue sich die SP. Ebenfalls sei sie gespannt, was sich

aus der Kontaktnahme mit Vertretern des Gewerbevereins ergebe. Insbesondere sei sie gespannt, ob diese dem Thema auch hinsichtlich der Verbindung mit Innovationen so offen gegenüberstehen würden, wie die Gewerbetreibenden von Glarus-Nord.

Reto Lauper erklärt namens der SVP-Fraktion, die Überfischung sei effektiv ein grosses, ein ernsthaftes Thema. Die Produktionsbedingungen in gewissen Ländern seien definitiv sehr schlimm. Die Antworten der hier angeschriebenen Institutionen würden positiv stimmen und zeigen, wie tief das Gedankengut verankert sei, regionale, tiergerechte, Bio- oder – wo vertretbar – Fair Trade-Produkte bis anhin schon zu beziehen. Er sei vom Lebensmittelzyklus her auf der anderen Seite, auf derjenigen des Recyclings, aber es freue ihn sehr, die Infos von der anderen Seite zu haben. Es sollte nicht ein Ziel sein, den Eingang des Verwaltungsgebäudes mit möglichst vielen Labels ausstatten zu können. Der Auftrag einer vorbildlichen, zeitgemässen Gemeinde, in der er wohnen und für die er politisieren möchte, müsse sein, ihre Institutionen über die Möglichkeiten, über die verschiedenen Arten von Produktebezügen zu informieren und eben zu sensibilisieren und ihnen allenfalls auch den dazu notwendigen Budgetspielraum zur Verfügung zu stellen. Dort höre dann aber seiner Meinung nach der Auftrag der Gemeinde auf. Restaurants und Hotels vorzuschreiben – gemäss insbesondere den Kriterien 3 und gegebenenfalls auch 4 –, welche Produkte sie zu beziehen bzw. anzubieten hätten, gehe zu weit. Aus unternehmerischer Sicht werde die Nachfrage über das Angebot entscheiden. Da bei uns das Gedankengut zu "nachhaltiger und fairer Produktion" anscheinend bereits bestehe und die Gemeinde die Institutionen sensibilisiert habe, sei er der Meinung, dass der Auftrag soweit und aktuell erfüllt sei. Als nächster Schritt solle u.a. noch der Gewerbeverein mit an Bord geholt werden. Leute aus dem Vorstand seien hier in diesem Raum anwesend und er sei gespannt, wie die dortige Resonanz ausfallen werde. Er denke, sie würden die von ihm vorgetragene Meinung teilen. Die SVP-Fraktion nehme von den Ausführungen des Gemeinderats Kenntnis, bedanke sich dafür und sei gespannt auf das weitere Vorgehen.

Laura Lehni führt aus, die Grüne Fraktion begrüsse diesen Zwischenbericht sehr und danke dem Gemeinderat für die getroffenen Abklärungen. Sehr erfreulich sei für die Grünen, dass die meisten Institutionen in erster Linie auf regionale Produkte achten würden. Wie die SP seien auch die Grünen der Meinung, dass regional vor fair trade kommen sollte. Auch, dass zumindest das Bewusstsein für Fair Trade-Produkte vorhanden sei, sei sehr erfreulich, jedoch hapere es bei der Umsetzung meistens an den finanziellen Mitteln. In dieses Thema fliesse auch die Verwendung von Fisch; es sei so, dass dieser umstritten sei. Die Grünen hätten aber auch die Überlegung angestellt, ob es überhaupt nötig sei, Fisch anzubieten. Gerade in einer Tagesschule, wo nur einzelne Mahlzeiten pro Woche konsumiert würden, könnte man vielleicht ganz auf das Servieren von Fisch verzichten. Anders sehe es z.B. in einem Alterszentrum aus, wo die Leute alle Mahlzeiten konsumieren würden. Eine Anregung, wie fair trade konkret umgesetzt werden könne, sei auch der Ersatz einzelner Produkte durch Fair Trade-Produkte. Zum Beispiel Kaffee: In jeder Institution wie Schulen, Büros oder Haushalte würden Kaffeemaschinen stehen. Anstatt normalen Kaffee könne man Fair Trade-Kaffee kaufen. Gerade in grossen Büros, wo täglich viel Kaffee konsumiert werde, würde schon der Ersatz eines einzigen Produkts einen grossen Unterschied ausmachen und unsere Gemeinde mehr in Richtung fair trade bringen. Und etwas, was bereits konkret umgesetzt worden sei: Wenn man in der Deutschen Bahn einen Schwarztee bestelle, so sei dieser Bio und fair trade. Die Grünen seien gespannt, was die Abklärungen mit der Stadt Bern ergeben würden und man hoffe auf eine weiterhin positive Entwicklung des Postulats.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Das Schlusswort wird von Thomas Hanke nicht verlangt.

Beschluss

Vom Zwischenbericht zum Postulat SP/Grüne: "Fair Trade Town" Muri-Gümligen wird Kenntnis genommen.

10 **Postulat forum-Fraktion betr. lokale und nachhaltige Beschaffung**

Die Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Thomas Hanke verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Gabriele Siegenthaler Muinde (forum) erklärt, anlässlich der Überweisung des Vorstosses sei eine erste Stellungnahme erfolgt. Damals sei die Haltung des Gemeinderats zwischen den Zeilen eher ein wenig abweisend gewesen, das Anliegen sei sogar etwas ins Lächerliche gezogen worden. Das forum sei extrem positiv überrascht, dass dies in der vorliegenden Antwort anders sei. Man fühle ein echtes Interesse an den durch das Postulat aufgeworfenen Fragestellungen. In diesem Sinne begrüsse das forum den Bericht des Gemeinderats, stimme dem Antrag auf Abschreibung des Postulats zu und hoffe, dass sich das forum bei der Lektüre bezüglich Engagement des Gemeinderats nicht getäuscht habe. Das forum würde sich freuen, wenn man irgendwann erfahren würde, dass die Beschaffungsrichtlinien schlussendlich geändert würden.

Gino Brenni führt namens der Grüne Fraktion aus, das vorliegende Postulat erkenne richtigerweise, dass es in der Gemeinde Muri bei Bern in Sachen Beschaffungswesen – zumindest nach den Kriterien von solidar.ch – noch einiges Potenzial gegen oben gebe. Man könne sich immer fragen, wie viel Wert so ein Ranking überhaupt habe; ob man es unbedingt an die Spitze schaffen möchte. Er sei auch der Meinung, dass es nicht darum gehe, dass man an der Gemeindetüre möglichst viele Kleber anbringen könne, welche die Gemeinde auszeichne. Aber trotzdem sollte uns dieses extrem schlechte Resultat – insbesondere im Teil Beschaffungswesen – zu denken geben. Wir hätten 0 Punkte von 50 möglichen Punkten erhalten. Die total 27.5 Punkte seien alle im Bereich Entwicklungszusammenarbeit zustande gekommen. Dies sei wiederum sehr lobenswert, zeige es doch, dass wir als recht reiche Gemeinde unsere Pflicht erfüllen würden. Im Hintergrundbericht des Gemeinderatings von solidar suisse – welcher auf der Website verfügbar sei – stehe auf Seite 5: "*Zollikon, St. Gallen und Muri wiederum engagieren sich relativ grosszügig für Entwicklungszusammenarbeit, jedoch kaum für eine faire Beschaffung*". Er habe sich gefragt, wie es sein könne, dass unsere Nachbargemeinde Worb immerhin 18.9 Punkte bei der Beschaffung erreiche, wir jedoch keinen einzigen. In der Antwort des Gemeinderats sei zu lesen, dass der Bau-, Planungs- und Investitionsgüterbereich einen grossen Teil ausmache. Aber selbst dieser habe offenbar nicht dazu geführt, dass wir besser abschneiden, geschweige denn Punkte machen würden. Die Fraktion der Grünen sei der Meinung, dass es dort noch einiges zu tun geben würde. Das fehlende Leitbild – in der Beschreibung stehe auch, wie die Bewertungen zustande gekommen seien – mache maximal 25 Punkte von den möglichen 50 aus. Wir könnten uns also nur schon mit einem Leitbild 25 Punkte holen. Er denke, alle hätten gesehen, welches die anderen Punkte seien: Information ("*werden die Mitarbeitenden der Gemeinde zu nachhaltiger Beschaffung informiert / geschult?*"), Organisation ("*ist jemand für nachhaltige Beschaffung zuständig?*") und Fairtrade (ob die Gemeinde z.B. Fairtrade-Kaffee einkaufe?). Diese weiteren Kriterien würden die andere Hälfte für das Beschaffungswesen, also ebenfalls 25 Punkte, ergeben.

Die Grünen seien der Meinung, der Gemeinderat dürfe sich nicht aus der Verantwortung ziehen und es nur dem mündigen Bürger überlassen, bewusste und nachhaltige Konsumententscheidungen zu treffen. Es wüssten alle wie es sei, wenn man einkaufen gehe und gestresst sei und schnell nach Hause sollte und gekocht sollte auch schon sein und alle hätten Hunger und und und.. ; dann achte man vielleicht nicht mehr so darauf. Aber die Gemeinde habe ja Zeit und sollte hinschauen und abklären, wo sie die Textilien für die Feuerwehr einkaufe, wer diese herstelle, ob Kinderarbeit dahinter stecke. Es sei eine Verantwortung welche die Gemeinde habe, wenn ihr schon so viel Geld zur Verfügung stehe. Natürlich müsse man abwägen, was es brauche und was nicht. Es sollte ein Kriterium sein, dass wir nicht auf Kosten von anderen leben würden.

Die Grünen würden immerhin dankbar zur Kenntnis nehmen, dass der Gemeinderat an der Adaption bzw. Ausarbeitung eines Beschaffungsleitbildes sei. Die Grünen möchten gerne wissen, bis wann der Zeitpunkt aus Sicht des Gemeinderats gegeben sei; in der Antwort stehe "zu gegebener Zeit". Wenn die Welle an Papier zu diesem Thema etwas abgeebbt sei, so denke er nicht, dass es ruhiger werde, denn es werde immer wichtiger, wenn es um Ressourcen gehe. Die Grüne Fraktion erachte das Postulat mit der Antwort des Gemeinderats noch nicht als erledigt, es sei noch kein Resultat vorhanden. Da es sich nicht um eine Motion handle, würden die Grünen Stimmfreigabe erteilen.

Markus Reimers führt aus, die FDP Fraktion danke dem Gemeinderat für die ausführlichen Darlegungen und empfehle ebenfalls die Abschreibung des Postulats. Die im Postulat gewünschten Massnahmen würden in der Gemeinde schon lange gelebt und würden nach Ansicht der FDP kein eigenes Leitbild verlangen. Das 2011 eingeführte Gemeinderating von Solidar Suisse sei zwar gut gemeint, beinhalte aber Mängel in der Bewertung der Ratingkriterien. Bewertet würden, wie Gino Brenni richtig ausgeführt habe, einerseits das entwicklungspolitische Engagement zu 50% – dieses sei in der Gemeinde "top" und gebe 25 Punkte – und andererseits die soziale Nachhaltigkeit im Beschaffungswesen ebenfalls zu 50%. Im Beschaffungswesen müssten vor allem die sogenannten ILO-Kriterien der internationalen Arbeitsgemeinschaft erfüllt werden. Dabei handle es sich um Kriterien wie etwa Zwangs- und Kinderarbeit, Diskriminierung am Arbeitsplatz, das Recht, Gewerkschaften zu bilden, gerechter Lohn und Lohngleichheit. Diese Kriterien seien bei Leistungen aus der Schweiz nach Meinung der FDP erfüllt und es handle sich dabei um den Grossteil der bezogenen Leistungen. Bei Anschaffungen aus dem Ausland – wie z.B. Textilien oder IT – sei die Einhaltung der ILO-Kriterien für eine Gemeinde kaum zu überprüfen. Ein jeder möge einmal auf sein Handy oder sein T-Shirt schauen und sich überlegen, ob alle Bestandteile die ILO-Kriterien erfüllen würden. Solche Standards müssten auf nationaler oder internationaler Ebene festgelegt werden, wo auch der Platz von Organisationen wie Solidar Suisse sei. Die Gemeinde Muri habe 2016 zum ersten Mal am Gemeinderating von Solidar Suisse teilgenommen und würde mit einer besseren Vermarktung ihrer finanziellen Entwicklungshilfe ein besseres Rating und mit einer Umwandlung der vorliegenden Postulatsantwort in ein Leitbild auch noch einige Punkte holen, falls die Gemeinde dies möchte.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Das Schlusswort wird von Thomas Hanke nicht verlangt.

Beschluss (35 Ja / 1 Nein / 2 Enthaltungen)

Das Postulat forum-Fraktion betr. lokale und nachhaltige Beschaffung wird als erledigt abgeschrieben.

11 Motion Fraktion FDP Muri-Gümligen: Einführung einer Littering-Melde APP "MURI wi nöi"

Die Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Daniela Pedinelli verzichtet als gemeinderätliche Sprecherin auf ein Votum.

Beat Schmitter (FDP) erklärt, die ganze Geschichte sei lang und alt. Littering sei ein Problem, dies wisse man seit einiger Zeit. Die FDP habe Littering im letzten Wahlkampf als Thema gehabt. Es gebe die alte Weisheit, dass man Wahlkampfthemen nicht mit dem Wahltag verschwinden lassen und nie mehr etwas machen sollte. Eine Aktion gegen Littering im klassischen Sinn zu starten, indem man alle Leute aufbiete, irgendwo die Aareufer zu putzen, sei nicht das gewesen, was sich die FDP vorgestellt habe. Sie habe etwas Pfiffigeres, etwas Intelligenteres machen wollen – was nicht heisse, dass eine Putzaktion nicht intelligent sei. Die FDP habe etwas gewollt, was nachhaltig sei und was man länger brauchen könne. Es habe sich gezeigt, dass es in Zürich eine App gebe, mittels welcher ein Bürger melden könne, wenn irgendwo in der Gemeinde etwas nicht in Ordnung, wenn Dreck vorhanden sei etc. Zürich habe dies sehr breit gefasst, man könne auch noch melden, wenn der Nachbar seinen Kehricht falsch hinausstelle; dies möchte man hier nicht. Die FDP habe dann die vorliegende Motion eingereicht und mit viel Freude von den Ausführungen des Gemeinderats Kenntnis genommen. Es handle sich um eine sehr umfassende Auslegeordnung und die FDP erachte eine Umwandlung in ein Postulat als richtig und stimme ihr zu.

Jürg Aebersold führt aus, als die SVP-Fraktion die vorliegende Motion gelesen habe, habe sie gedacht "schon wieder etwas Neues", habe sich aber darüber einige Gedanken gemacht. Er wolle sich beim Gemeinderat bedanken, welcher sich die enorme Zeit für die Beantwortung der Motion genommen habe, dies sei nämlich nicht in einer halben Stunde getan. Eine Melde-App "MURI wi nöi" erachte die SVP-Fraktion für unsere Gemeinde nicht als nötig. Wir hätten eine derart gute Organisation und diese Organisation lebe. Dies habe er gerade gestern wieder festgestellt, als er an der Aare gewesen sei. Die Säcke seien geleert gewesen, die Leute seien da gewesen; es funktioniere. Er wolle an dieser Stelle dem Werkhof, der hier mithelfe, aber auch Reto Lauper, der die Leute organisiere – auch am Sonntag – bestens danken. Da dies gut funktioniere, müsse dies nicht noch mit einer App "getoppt" werden. Die SVP habe das Gefühl, dass die geschätzten Kosten von CHF 6'000 bis CHF 10'000 bei Weitem nicht ausreichend seien. Es brauche Leute, welche die App ablesen würden bzw. eine Organisation seitens der Bauverwaltung der Gemeinde. Muri mit Zürich zu vergleichen sei wie Tag und Nacht. Er habe die angegebenen Zahlen 2013 bis 2015 studiert, letzte Woche auch noch neuere Zahlen erhalten und festgestellt, dass sie fallend seien. Werde die Einwohnerzahl von Zürich auf Muri hinuntergebrochen, so würden sich vielleicht 1, 2 oder 3 Meldungen ergeben. Am Anfang, wenn eine solche App neu sei, werde sie sicher gebraucht, weil es spannend und interessant sei. Nach Meinung der SVP brauche es aber keine App, weil die Entsorgung gut funktioniere. Ob dies in 5 oder 10 Jahren immer noch der Fall sei, wisse man nicht; dies müsste allenfalls dann zumal nochmals diskutiert werden. Die SVP helfe mit und sei mit der Umwandlung der Motion in ein Postulat einverstanden.

Carole Klopstein erklärt, die Grüne-Fraktion habe die Idee ebenfalls diskutiert und danke der FDP für die Eingabe dieses Anliegens. Die Grünen würden aber auch die Bedenken seitens der Gemeinde verstehen. Im persönlichen Gespräch mit Personen aus der Gemeinde habe sich zudem gezeigt, dass sich das Littering vor allem auf einige Hotspots konzentriere. Die Fraktion sei deshalb der Meinung, dass eine Überweisung als Postulat absolut sinnvoll sei und sie unterstütze den gemeinderätlichen Antrag.

Urs Grütter (SVP) führt aus, wir seien ja kommunikationsmässig dermassen gut verbunden und vernetzt. Man könne der Gemeinde ein Mail schicken, man könne die Bauverwaltung oder den Werkhof anrufen. Was das also mit dieser App solle? Wenn es um das Einlösen von Wahlversprechen gehe, könnten ein paar Patrouillen zum Putzen eingesetzt werden, es müsse ja nicht gerade das ganze Aareufer sein. Wenn die Hotspots durch die FDP geräumt würden, hätte niemand etwas dagegen und es würde keine App und kein Geld der Steuerzahler brauchen, sondern Einsatz der Mitglieder der FDP. Er danke im Voraus für deren Eingreifen.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Das Schlusswort wird von Daniela Pedinelli nicht verlangt.

Beschluss (37 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung)

Das Postulat Fraktion FDP Muri-Gümligen: Einführung einer Littering-Melde APP "MURI wi nöi" wird überwiesen.

12 **Interpellation Racine (SP): Kosten für den provisorischen Unterhalt des aktuellen Aarewegs (Wegverbindung Wehrliau-Parkplatz-Muribad)**

Die Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Daniela Pedinelli verzichtet als gemeinderätliche Sprecherin auf ein Votum.

Raphael Racine (SP) erklärt, man müsse ausrechnen, was die zwei verschiedenen Varianten ergeben würden. Die jetzige provisorische Lösung mache rund CHF 130'000 aus, die der Steuerzahler zu berappen habe. Die Kosten für den eigentlich projektierten Weg hätten bei CHF 108'000 gelegen, also CHF 22'000 weniger; zudem hätte es noch Beiträge durch den Renaturierungsfonds des Kantons gegeben. Damit hätte die Möglichkeit bestanden, für den Steuerzahler ca. CHF 100'000 zu sparen. Man könne schon seinem Eingangsvotum entnehmen, dass das Problem vielleicht auch darin liege, dass er Gümliger und der Muri-Weg daher etwas weit weg sei. Er habe nicht sehr grosses Verständnis dafür, dass das ursprüngliche Projekt nicht an die Hand genommen worden sei. Dazu komme, dass wir nun ein Provisorium hätten. Er habe ein wenig den Eindruck, man wolle niemandem einen Gesichtsverlust aufbürden, indem wir für 5 Jahre einen Status quo hätten. Er vermute, dass in 5 Jahren der zweite Akt dieses Possenspiels losgehen werde und er sehe eigentlich keine andere Lösung, als den ursprünglich projektierten Weg. Man müsse auch betonen, dass die Verlegung des Wegs an den Hang hinauf die Absicht des Gemeinderats im September 2016 gewesen sei. Er finde diesen damaligen Entscheid des FDP-dominierten Gemeinderats eigentlich sehr gut. Er hätte die einzigartige Chance ermöglicht, eine Auenlandschaft zu erhalten. Eine Aue, die eine grosse Vielzahl an seltenen, wertvollen Lebensräumen mit einer hohen Biodiversität gebracht hätte. Eine Aue wäre auch für den Hochwasserschutz gut gewesen. Dies seien genau die Argumente, die der Gemeinderat im September 2016 vorgebracht habe und er sei überzeugt, dass dies eine gute Lösung gewesen wäre. Fazit: In 5 Jahren werde man wieder über den Aareweg diskutieren. Die Petitionäre hätten nun 5 Jahre Zeit, um sich von diesem Weg definitiv zu verabschieden. Er könne nur sagen: "Wir sehen uns bei Philippi wieder".

Der Rat nimmt die Stellungnahme des Gemeinderats zur Kenntnis.

13 **Interpellation Racine (SP): Kahlschlag bei der Sozialhilfe?**

Die Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Martin Häusermann führt als gemeinderätlicher Sprecher aus, er wolle sich angesichts der umfassenden Antwort kurz fassen. Der Gemeinderat habe die Interpellation zum Anlass genommen, einige grundsätzliche Ausführungen zur wirtschaftlichen Sozialhilfe zu erläutern. Dabei habe er sich auf den Vortrag des Regierungsrats aus der Revision des Sozialhilfegesetzes abgestützt. Aus dem Dokument würden auch die Rolle der SKOS sowie die bisherige Entwicklung in der Sozialhilfe hervorgehen. Es sei zudem ersichtlich, dass der Grundbedarf, welcher hier im Zentrum der Anfrage stehe, nur einen Teil der Sozialhilfe umfasse, nämlich ca. 40%. Zusammenfassend könne er festhalten, dass der Gemeinderat eine Abweichung von den SKOS-Richtlinien nicht unterstütze. Er erkenne aber die Absicht, bei der beruflichen und sozialen Integration mehr Mittel zu sprechen und begrüsse dies auch ausdrücklich. Ergänzend könne er noch erwähnen – die Ratsmitglieder hätten dies vermutlich auch mitbekommen –, dass wahrscheinlich das letzte Wort in dieser Angelegenheit noch nicht gesprochen sei. Von einer Seite werde ein Volksvorschlag anstelle des Referendums angedacht. Wie dies dann vonstatten gehen werde, würden wir mitverfolgen können.

Noch zu den Vereinen: Die aufgeführten Vereine, welche in unserer Gemeinde im sozialen Bereich tätig seien, würden einen wichtigen Beitrag leisten und sollten auch zukünftig im bisherigen Umfang unterstützt werden. Und noch betreffend Fachstelle für Kinder- und Jugendfragen: Der Gemeinderat habe an seiner letzten Sitzung beschlossen, die beiden Pilotprojekte als definitives Angebot einzuführen.

Raphael Racine (SP) erklärt, er bedanke sich vorab für die sehr ausführliche Antwort. Er gebe es offen zu, die vorliegende Interpellation sei seinerseits ein persönlicher Ausdruck einer gewissen Ohnmacht. Es würden Entscheide im Grossen Rat des Kantons Bern gefällt und schlussendlich seien es nicht die Grossrätinnen und Grossräte, welche den Entscheid umsetzen müssten. Es seien die Sozialarbeitenden, die einem Sozialhilfeabhängigen mitteilen müssten, dass er 10% weniger Einkommen für seinen Grundbedarf habe. Generell begrüsse er die deutliche Stellungnahme unseres bürgerlichen Gemeinderats, dass er die Unterschreitung der SKOS-Richtlinien als politischen Entscheid betrachte und problematisch finde. Ebenfalls begrüsse er das Projekt der Sozialkommission, welches die berufliche Integration zum Schwerpunktthema gemacht habe, sehr. Der Gemeinderat habe den Entscheid des Grossen Rates als problematisch erachtet. Er selber habe dafür drastischere Worte und nenne ihn eine Sauerei! Es sei ein zutiefst unchristliches Verhalten gegenüber den Schwächsten unserer Gesellschaft. Betroffen von diesem Entscheid seien eben nicht nur arbeitsscheue ausländische Männer zwischen 25 und 35. Wer denn alles betroffen sei? Betroffen seien Personen mit psychischen und physischen Krankheiten und wie wir wüssten, sei es gerade in den letzten Jahren immer hektischer geworden in der Arbeitswelt. Es gebe Personen, die sehr schwer in den Arbeitsmarkt integrierbar seien. Es seien ältere Menschen über 55, aber auch Familien mit Kindern bzw. alleinerziehende Väter und Mütter von der Sozialhilfe betroffen. In der Gemeinde gebe es zurzeit 65 Familien, welche von der Sozialhilfe abhängig seien und es gebe 140 Kinder, welche in dieser Sozialhilfe enthalten seien. Als Grundfazit aus der Antwort des Gemeinderats könne er festhalten, dass er eigentlich die gleiche Ansicht wie der Gemeinderat vertrete, sich aber trotzdem noch etwas mehr Mut, Solidarität und Kreativität gewünscht hätte.

Was er sehr positiv finde – und vorher nicht gewusst habe – sei, dass die zwei Projekte im präventiven Bereich jetzt definitiv eingeführt worden seien. Er sei sich natürlich bewusst, dass Institutionen, welche einen durchaus sozialen Charakter hätten – wie "Zyt ha für Anderi" –, keinen direkten Bezug zur Sozialhilfe hätten, aber doch einen in-

direkten. Diesbezüglich hätte er sich etwas mehr Kreativität gewünscht, auch punkto Prävention. Er habe lediglich Beispiele gebracht und die gemeinderätliche Antwort sei darauf hinausgelaufen, seine Beispiele zu "dissen", z.B. "dass es nicht möglich sei" oder "dass man die Ressourcen nicht habe" etc. Dort hätte man vielleicht andere Beispiele, andere soziale Institutionen anbringen können. Man könne von "ironisch" oder "zynisch" sprechen, wenn man Leuten, die schon am Boden seien und wenig Geld zur Verfügung hätten, noch 10% streiche. Ironisch sei, dass Muri-Gümligen im Jahr 2017 einen Gewinn von rund CHF 3,25 Mio. gemacht habe. Ironisch sei sicher auch, dass der 1. August – wir würden beim nächsten Traktandum dazu kommen – die Bürgerinnen und Bürger jedes Jahr CHF 20'000 kosten würde. Da würde er gerne im Rahmen der Budgetdebatte zusammen mit der SVP den Antrag stellen, die CHF 20'000 ersatzlos zu streichen.

Er habe noch eine Frage: Auf Seite 7 oben werde seitens des Gemeinderats argumentiert: *"Es empfiehlt sich aus Sicht des Gemeinderates nicht, von den vom Kanton festgelegten Grundlagen zur Anwendung der Sozialhilfeauslagen abzuweichen, denn damit würde die Gefahr des Sozialhilfetourismus vergrössert."* Ob es denn rechtlich überhaupt möglich wäre, dass die Gemeinde Muri bei Bern sage, sie ignoriere den Entscheid des Grossen Rates des Kantons Bern und werde auch in Zukunft ihren Sozialhilfebezügern den Betrag nach den SKOS-Richtlinien ausrichten?

Die Vorsitzende führt aus, sie habe nun Raphael Racine nicht unterbrechen wollen, weise aber für das nächste Mal ausdrücklich darauf hin, dass in der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates bei Interpellationen eine **kurze** Stellungnahme vorgeesehen sei. Dies gelte für alle, nicht nur für Raphael Racine.

Aus der Mitte des Rates wird Diskussion verlangt.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass der Antrag von einem Drittel der anwesenden Ratsmitglieder, d.h. von mindestens 13, unterstützt werden muss.

Beschluss

Der Antrag auf Diskussion wird von mehr als einem Drittel der anwesenden Ratsmitglieder unterstützt.

Urs Grütter (SVP) führt aus, Vorstösse würden bei der Verwaltung immer einen erheblichen Aufwand generieren. Er wolle an den Gemeinderat appellieren, diesen Aufwand konsequent zu kürzen. Es könne doch nicht sein, dass ein kantonales Gesetzgebungsprojekt, 1. Lesung, Anlass zu 9 Seiten Kommentar gebe. Wenn man die Anträge der Interpellation anschau, so würden diese darauf abzielen, die kantonale Gesetzgebung voll zu unterlaufen. Dazu sei zu sagen, dass es nicht Sache der Gemeinde sei, die kantonale Gesetzgebung zu unterlaufen. Diese sei auch für Muri verbindlich, wobei man manchmal wirklich sagen möchte: Leider! Genauso wenig wie man den unseligen Finanzausgleich abfedern könne, dürfe und könne man auch die Revision eines Sozialhilfegesetzes, wenn sie rechtskräftig sei, nicht abfedern. Der Gemeinderat sollte derartige Anfragen nicht zum Anlass für vorauseilende Eventualszenarien nehmen. Diesen Aufwand dürfe die Gemeinde nun einmal gar nicht treiben, dies sei Verschleuderung der Steuergelder. Er würde erwarten, dass eine solche Interpellation Anlass zu höchstens zwei Zeilen geben würde, nämlich:

1. Das Gesetz ist erst in erster Lesung behandelt worden.
2. Der Gemeinderat wird sich damit befassen, wenn es rechtskräftig beschlossen worden ist.

Raphael Racine (SP) führt aus, er habe keine Fragen gestellt, welche darauf abzielen würden, die kantonale Gesetzgebung zu unterlaufen, sondern z.B.: *"Hat sich der Gemeinderat bereits Massnahmen überlegt, wie diese drastische Reduktion in der Sozialhilfe abgedeckt werden kann?"* Oder die Unterstützung von sozialen Institutionen liege doch beispielsweise in der Entscheidungskompetenz unserer Gemeinde und habe auch nichts mit einem Unterlaufen der Gesetzgebung zu tun. Wir würden einfach sagen, so sei die Gesetzgebung im Kanton Bern und wir müssten zumindest unsere sozialen Institutionen stärken. Seine vorher gestellte Frage, ob es rechtlich überhaupt möglich wäre, dass die Gemeinde Muri bei Bern sage, sie ignoriere den Entscheid des Grossen Rates des Kantons Bern und werde auch in Zukunft ihren Sozialhilfebezügern Höhe Beiträge ausrichten, sei noch nicht beantwortet worden. Er habe sich diesbezüglich mit Mario Mutzner zusammengesetzt und er habe das Gefühl, dieser habe signalisiert, dass dies nicht möglich wäre.

Barbara Künzi erklärt, die SKOS-Richtlinien seien im Gesetz verankert und wir müssten uns an diese halten.

Raphael Racine (SP) entgegnet, der Gemeinderat suggeriere in seiner Antwort, dass dies möglich wäre.

Barbara Künzi verneint dies. Der Gemeinderat sage, falls sie – wie beabsichtigt – herabgesetzt werden sollten, probiere die Gemeinde zu prüfen, ob auf anderer Ebene ein Ausgleich geschaffen werden könnte.

Raphael Racine (SP) zitiert aus der gemeinderätlichen Antwort: *"Es empfiehlt sich aus Sicht des Gemeinderates nicht, von den vom Kanton festgelegten Grundlagen zur Anwendung der Sozialhilfeauslagen abzuweichen, ..."*. Er lese dies so, dass man zwar könnte, es sich aber nicht empfehle.

Barbara Künzi verneint. Wenn die SKOS-Richtlinien festgelegt seien, könne man nicht davon abweichen.

Eva Schmid (SP) führt an die Adresse von Urs Grütter aus, es hätten zwei Lesungen zum SHG stattgefunden, die letzte gerade im März. Dies könne er gerne auf der Internet-Seite des Grossen Rates nachschauen, im von ihr liebevoll redigierten Protokoll.

Der Rat nimmt die Stellungnahme des Gemeinderats zur Kenntnis.

14 **Einfache Anfrage forum betr. 1. August-Feuerwerk**

Die Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Bei einfachen Anfragen gebe es keine Wortmeldungen. Sie möchte in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass sie bei einfachen Anfragen ab sofort streng nach der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderats vorgehen werde. Diese sehe einerseits keine Wortmeldung des Fragestellers vor und andererseits sei festgehalten, dass keine Diskussion stattfinde, dass also – anders als bei der Interpellation – auch keine Diskussion verlangt werden könne. Sie fände es suboptimal, wenn sich die anfragende Person zur Stellungnahme äussern könnte, die andern Parteien oder nur schon die andern Ratsmitglieder aber nicht. Auch Danksagungen seien nicht mehr

möglich, da natürlich Danksagungen immer erweitert werden könnten und eine Abgrenzung schwierig wäre. Der Dank für die Stellungnahme gelte ab sofort implizit oder könne sonst nach der Sitzung bilateral abgegeben werden.

Der Rat nimmt die Stellungnahme des Gemeinderats zur Kenntnis.

15 Informationen des Gemeinderats / der parl. Kommissionen

Kunstrasen Füllerich

Barbara Künzi orientiert, ihre "message" gehe an alle Fussballfreunde und wenn Ruedi Waber noch da wäre, hätte er sicher Freude. Der Gemeinderat habe den Kredit für die Erneuerung des Kunstrasens gesprochen. Er liege wesentlich unter dem geplanten Investitionskredit. Im Investitionsplan wären CHF 300'000 vorgesehen gewesen. Die Arbeitsvergabe für den Kunstrasen sei nun für CHF 210'000 erfolgt und er werde im Herbst erneuert. Die zwei Naturrasen im Füllerich würden bekanntlich ebenfalls erneuert; der erste im Herbst und der zweite im nächsten Herbst. Aber vorerst werde nun der Kunstrasen erneuert.

Fussgängerstreifen in Tempo 30-Zonen

Markus Bärtschi entschuldigt sich vorab für seine Verspätung an der heutigen Sitzung. Er könne nun doch noch etwas sagen: Er habe nichts sagen wollen zu den Traktanden 6 und 7. Er möchte aber gerne eine Wasserstandmessung zur überwiesenen Motion betreffend Wiederherstellung der Fussgängerstreifen in Tempo 30-Zonen abgeben. Der Gemeinderat habe sich auf Antrag der PVK für das folgende weitere Vorgehen entschieden: Der Fussgängerstreifen vor der Musikschule – Villa Mettlen – werde wieder markiert. Dort bestehe gemäss Kanton ein Ermessensspielraum und es sei davon auszugehen, dass er nicht interveniere, wenn wir diesen im Sinn der Motion ausschöpfen und uns dort etwas aus dem Fenster lehnen würden. Hingegen werde auf die Wiederherstellung des Fussgängerstreifens am Unteren Wehrlweg – auf der Seite der Musikschule, hinunter Richtung Wehrliauparkplatz – verzichtet. Die Frequenzen seien im Vergleich mit der Pourtalèsstrasse tief und das Tempo werde dort gemäss Messungen gut eingehalten, bis sogar unterschritten. Für einen normgerechten Fussgängerstreifen an dieser Stelle müsste man zwei bis drei Parkplätze aufheben, was auch den Quartierleist dazu bewogen habe, beliebt zu machen, von dieser Massnahme abzusehen.

Der dritte überprüfte Fussgängerstreifen bei der Kreuzung Alpenstrasse/Tannenweg im Melchenbühl werde aktuell im Zusammenhang mit dem Bauprojekt der Hochdruckgasleitung überprüft. In Absprache mit dem Quartierleist stehe dort die Lösung mit einer Kreuzungsgestaltung als Tempo 20-Zone – d.h. mit Fussgängervortritt – im Vordergrund. Zusätzlich solle der andere, ebenfalls nicht normgerechte Fussgängerstreifen nördlich von der Unterführung, also waldseitig, bei der Neugestaltung des Strassenraums – die es durch die Gasleitung geben werde – wiederhergestellt werden. Er werde den Rat weiter orientieren; affaire à suivre.

16 Neue parlamentarische Vorstösse

Es werden keine neuen parlamentarischen Vorstösse eingereicht.

Mitteilungen

Die Vorsitzende bedankt sich bei den Ratsmitgliedern für die Disziplin und fürs Durchhalten an dieser langen Sitzung.

Die Vorsitzende erinnert zudem an die Einladung für den Ratsausflug vom 5. Juni 2018. Sie freue sich, wenn möglichst viele teilnehmen. Sie ersuche darum, An- und Abmeldungen mittels beigelegtem Talon per Post oder per Mail an die Gemeindeverwaltung abzugeben.

Gegen das Verfahren liegen keine Einwände vor.

GROSSER GEMEINDERAT MURI BEI BERN
Die Präsidentin: Die Protokollführerin:

Jennifer Herren

Anni Koch